
Intellektuelle Verarmung im Neoliberalismus

Rezension von: Colin Crouch,
Die bezifferte Welt. Wie die Logik
der Finanzmärkte das Wissen bedroht,
Suhrkamp, Berlin 2015, 250 Seiten,
gebunden, € 22;
ISBN 978-3-518-42505-3.

Nach „Postdemokratie“ (2004), „Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ (2011) und „Jenseits des Neoliberalismus“ (2013) widmet sich Crouch im vorliegenden Buch erneut der Analyse des Neoliberalismus.¹ Dabei geht es ihm im vorliegenden Buch um die Auswirkungen des Neoliberalismus auf das Feld der Information, der Kenntnisse und letztlich des Wissens.

Durch die Organisation von immer mehr Lebensbereichen nach marktwirtschaftlichen Prinzipien und ihrer Reduktion auf die darin bestimmbaren Geldwerte entsteht die Gefahr einer Minderung des allgemeinen Wissensstandes. Zuverlässige Information ist nach Crouch jedoch das „Lebenselixier“ eines demokratischen Gemeinwesens, womit er auch an seine Ausführungen zur Postdemokratie – in der demokratische Partizipation zwar formal weiterhin existiert, tatsächlich aber durch den gestiegenen Einfluss von Lobbygruppen und PR-ExpertInnen zum Marketingspektakel verkommen ist – anschließt.

Crouchs zentrale These im vorliegenden Buch lautet insofern, der „Neoliberalismus sei ein Feind des Wissens“ (S.13), denn er schaffe Anreize für Unternehmen, PolitikerInnen, Behörden und Fachkräfte, „die die Integri-

tät zentraler Kompetenzen und Wissensformen angreifen“ (S. 194). Dies ist insofern beachtlich, als Crouch damit ein zentrales Versprechen des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft, nämlich dass die Bereitstellung von Information am effizientesten über den Markt organisiert wird, mittels fünf Thesen zu widerlegen sucht. In einem umfassenderen Sinn geht es ihm um einen bestimmten Bereich der asymmetrischen Information, nämlich das Spannungsverhältnis zwischen Fachkenntnissen, politischen oder beruflichen Interessen und den Anforderungen eines demokratischen Miteinanders.

These 1: Der Umbau des öffentlichen Dienstes nach marktwirtschaftlichen Prinzipien führt zu einer Beschneidung der Kenntnisse und Qualifikationen des dort beschäftigten Fachpersonals.

Als zu Beginn der 1990er-Jahre der öffentliche Dienst unter dem Schlagwort *New Public Management* aus seiner Verkrustung befreit werden sollte, kam es vermehrt zur Einführung von an Kennzahlen ausgerichteten Zielvorgaben, die Abteilungen und ganze Institutionen miteinander vergleichbar machten. Dadurch sollten in Bereichen, die nicht ohnehin an private Unternehmen ausgelagert wurden, marktähnliche Bedingungen geschaffen werden, die zu einer erhöhten KundInnenfreundlichkeit des öffentlichen Dienstes führen würden.

Crouch argumentiert jedoch, dass die Orientierung an Leistungskennzahlen zwei entscheidende Defizite aufweist: Erstens folgt die Auswahl an Leistungsindikatoren in der Regel einer politischen Logik, wodurch eine Fokussierung auf „wenige populäre Aspekte“ (S. 117ff) erfolgt. Zweitens können manche Aspekte öffentlicher Dienst-

leistungen leichter quantifiziert werden als andere. So wurden die Notaufnahmen englischer Krankenhäuser nach aufkommender Kritik über zu lange Wartezeiten im Jahr 2015 verpflichtet, die Aufenthaltsdauer der PatientInnen zu überwachen und dies der Aufsichtsbehörde zu melden. Eine Untersuchung der Maßnahme kam zum Schluss, dass die Berichte die Wartezeiten noch weiter verzögerten. Die Problematik der Konzentration auf einzelne Indikatoren zur Leistungsmessung betrifft jedoch nicht nur den öffentlichen Dienst, sondern richtete selbst im Kerngebiet des Neoliberalismus – den internationalen Finanzmärkten – beträchtlichen Schaden an.

These 2: Ein unbeschränkter Markt untergräbt andere Formen der Wissensproduktion.

Anhand der von BP ausgelösten Ölkatastrophe im Golf von Mexiko sowie dem Atomunglück in Fukushima veranschaulicht Crouch, dass das derzeitige Wirtschaftssystem zum Kontrahenten einer effizienten Nutzung uns verfügbarer Information avancieren kann: In beiden Fällen wurden Hinweise auf zusätzlich nötige Sicherheitsvorkehrungen mit Blick auf die daraus resultierenden finanziellen Aufwendungen beiseitegeschoben. Die dadurch verursachten Schäden überstiegen die Kosten, die die zusätzlichen Sicherheitsvorkehrungen verursacht hätten, deutlich. Kurzum, die Dominanz der Finanzkennziffern in Unternehmen kann dazu führen, dass erstens widersprechende Erkenntnisse ignoriert werden, zweitens nützliche Informationen den KundInnen vorenthalten oder noch schlimmer verfälscht werden oder drittens Unternehmen versuchen, Informationen unter ihre Kontrolle zu bringen bzw. in ihr Eigentum zu überführen.²

Ein drastisches Beispiel für den dritten Fall ist der Versuch des Lebensmittelkonzerns RiceTec, die Bezeichnung „Basmatireis“ mittels Patent schützen zu lassen, ohne irgendeine innovative Leistung für den Anbau oder die Verarbeitung der entsprechenden Reissorten erbracht zu haben. Ein US-amerikanisches Gericht gab dem zunächst statt – erst nach erheblichen Protesten, angeführt von der indischen Regierung, beschränkte RiceTec seinen Patentanspruch von ursprünglich fünfzehn auf nunmehr drei Reissorten.

These 3: Die gegenwärtig dominante *Rational-Choice*-Theorie prämiert Verhaltensweisen, die sich der Verfälschung und Verzerrung von Information und Wissen bedienen.

Was haben der Liborskandal und manipulierte Mathematikergenergebnisse in englischen Schulen gemeinsam? In beiden Fällen wurden Informationen mit Blick auf eine (finanzielle) Besserstellung der involvierten Unternehmen bzw. Institutionen verfälscht. Im ersten Fall bereicherten sich einige Banken auf Kosten anderer Marktteilnehmer, indem sie manipulierte Zinssätze für den Libor – ein Referenzzinssatz für Interbankengeschäfte, der aus dem Durchschnitt der Angebotssätze der teilnehmenden Banken gebildet wird – meldeten. Im zweiten Fall versuchten einige Schulen, die an einer national vergleichbaren Abschlussprüfung teilnahmen, ihre Position in Rankings zu verbessern, indem sie leistungsschwache SchülerInnen aus den Schulakten verschwinden ließen.

Crouch zeigt, dass das Problem amoralischer Verhaltensweisen durch die Umstellung auf marktwirtschaftliche Organisationsprinzipien nicht gelöst wird, sondern dass diesen dadurch „lediglich neue Betätigungsfelder eröff-

net“ (S. 197) werden. Hierfür gibt es zwei wesentliche Gründe: Erstens kann die Validität einer Information bzw. die Kompetenz eines Informationsanbieters immer erst im Nachhinein beurteilt werden, wie sich etwa auch an der Rolle der Ratingagenturen für die Entstehung der Finanzkrise zeigte. Zweitens wird unerwünschtes Verhalten – auch nach Bekanntwerden – durch den Markt nur unzureichend sanktioniert: Sowohl die am Liborskandal beteiligten Großbanken, wie etwa Barclays, UBS, Royal Bank of Scotland oder auch die Deutsche Bank, sind weiterhin angesehene Finanzinstitute, ebenso wie die drei großen Ratingagenturen Standard & Poors, Moodys und Fitch bis heute ein weitgehend unangefochtenes Oligopol bilden.

These 4: Die durch den Neoliberalismus tolerierte Konzentration monopolartiger Marktmacht von Anbietern kann dazu führen, dass der Zugang zu Informationen von exklusiven Wirtschaftseliten kontrolliert wird.

Obwohl Privatisierungen meist mit erhöhter Wahlfreiheit für VerbraucherInnen und einer gesteigerten Effizienz begründet werden, kann die tatsächliche Praxis gänzlich anders aussehen. In Großbritannien dominieren laut dem „Social Enterprise Report 2012“ mit G4S, Capita und Serco drei Unternehmen einen beträchtlichen Teil der Fremdvergabemärkte, wie etwa jene für Transporteinrichtungen, Schulen, Kinderheime oder Haftanstalten. Angesichts dieser oligopolistischen Struktur sowie der Komplexität der Investitionen, die diese Unternehmen in unterschiedlichste Dienstleistungsbereiche getätigt haben, hätte der Konkurs einer solchen Firma drastische Auswirkungen auf die jeweilige Versorgungslage. Vergleichbar mit den Banken

während der Finanzkrise bezeichnet der Report diese Unternehmen insofern als „*too big to fail*“.

Neben der oligopolistischen Marktmacht und der beträchtlichen Verhandlungsmacht gegenüber der öffentlichen Hand ist der Wechsel von StaatsvertreterInnen in oft gerade jene Firmen, die erfolgreich öffentliche Aufträge lukrieren konnten ein weiteres Kennzeichen der „neuen Ökonomie privatisierter Dienstleistungen“ (S. 60). Angesichts dieser Faktoren verwundert es wenig, dass Unternehmen wie Serco trotz Skandalen über zu Unrecht bezogene öffentliche Gelder bzw. unzulängliche Leistungserbringung – mit nicht zuletzt auch lebensbedrohenden Konsequenzen etwa im Gesundheitssektor – weiterhin eine dominante Marktstellung einnehmen.

These 5: Die Ausdehnung des Marktes auf weitere Lebensbereiche begünstigt die Zunahme egozentrischer und amoralischer Verhaltensweisen.

Die bereits in der dritten These aufgegriffene Problematik der Beförderung amoralischer Verhaltensweisen durch den Neoliberalismus wird hier erweitert: Je mehr Lebensbereiche nach marktwirtschaftlichen Aspekten geordnet werden, desto mehr müssen wir uns ihnen anpassen. Die britische Regierung versuchte etwa durch die Veröffentlichung von Daten zum zukünftig erwartbaren Einkommen in unterschiedlichen Studienfächern, Studierende dazu anzuhalten, ihre Studienwahl anhand marktlicher Bewertungsmuster auszurichten.

In diesem Kontext ist auch Crouchs Hinweis auf das Spannungsverhältnis zwischen NutzerInnen, KundInnen und BürgerInnen zu sehen. Die Verschiebung öffentlicher Dienstleistungen in den privatwirtschaftlichen Bereich wird

in der Regel damit begründet, dass die NutzerInnen öffentlicher Dienstleistungen von den dort beschäftigten Fachkräften als Objekte behandelt werden. Das Kundenkonzept hingegen würde Behörden dazu zwingen, sie als Individuen zu behandeln. Dadurch ergeben sich für Crouch zwei essenzielle Probleme: Erstens impliziert das Konzept der KundInnen eine gewisse Ungleichheit – zahlungskräftigere KundInnen sind schließlich wertvoller als zahlungsarme –, die der Idee von mit Rechten ausgestatteten BürgerInnen entgegensteht. Zweitens sind die Handlungsmöglichkeiten von KundInnen insbesondere im Fall von Externalitäten, wie etwa von Unternehmen verursachten Umweltschäden, begrenzter als jene von BürgerInnen.

Crouch belegt seine zentrale These vom Neoliberalismus als Feind des Wissens, indem er zunächst entscheidende Unzulänglichkeiten der neoliberalen Theorie in Bezug auf das Gut Information aufdeckt. Die Sanktionierung falscher Informationen durch den Markt hat nach Crouch den entscheidenden, jedoch von der neoliberalen Theorie unbeachteten Nachteil, dass sie immer erst im Nachhinein – also wenn der Schaden angerichtet und oftmals bereits so groß ist, dass er eine gewisse Öffentlichkeit erreicht hat – erfolgen kann.

Zweitens weist Crouch auf die Diskrepanz zwischen neoliberaler Theorie und wirtschaftspolitischer Praxis hin: Die Anforderungen an marktbasierende Informationsproduktion sind dermaßen hoch, dass sie – wie am Beispiel der Ratingagenturen ersichtlich wird – kaum erfüllt werden können.

Crouch liefert dabei keine kohärente Theorie, sondern unterlegt letztendlich die oben beschriebenen Thesen mit recht eingänglichen Beispielen und zeigt damit, zu welchen Problemen das Vordringen marktwirtschaftlicher Prinzipien in immer mehr Lebensbereiche für unser Wissen führt. Das Buch ist entlang der fünf Thesen klar formuliert und gibt ÖkonomInnen eine wertvolle Analyse des nicht nur im Neoliberalismus nur schwierig zu fassenden Gutes Information.

Romana Brait

Anmerkungen

- ¹ Siehe dazu die Rezensionen von Emmerich Tálos in *Wirtschaft und Gesellschaft* 39/3 (2012) 445ff und Ursula Filipič in *Wirtschaft und Gesellschaft* 38/4 (2011) 812ff.
- ² Crouch sieht 5 Konfliktfelder, die an dieser Stelle zu 3 zusammengefasst wurden.